



Weitere schwere Menschenrechtsverletzungen beim Anbau und der Produktion von Agrotreibstoffen in Kolumbien

In Kolumbien gehen die schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Agrotreibstoffproduktion weiter. Besonders betroffen sind dabei Indigene und Afrokolumbianer, aber auch Kleinbauern und Landarbeiter. In vielen Gebieten der Pazifikküste wird die afrokolumbianische Bevölkerung durch Armeeoperationen und durch die Aktivitäten der „neuen Generation“ der Paramilitärs eingeschüchtert und bedroht. Es kam zu Vertreibungen und Morden. Im Curvaradó im Departement Chocó geht die Posse um die angebliche Landrückgabe an die rechtmässigen afrokolumbianischen Besitzer weiter, während sich diese allerlei Erniedrigungen und Drohungen ausgesetzt sehen. Besonders heftig ist die staatliche Repression im Cauca, wo Indigene Ländereien einfordern, die ihnen der Staat vor Jahren als Widergutmachung für Massaker zugesprochen hat. Da diese Ländereien nun der Ethanolproduktion zugeführt werden sollten, werden die indigenen Besetzer der Ländereien mit Waffengewalt vertrieben. Die Arbeitsbedingungen sind weiterhin als mehrheitlich sehr schlecht zu bezeichnen: dazu fand im Valle del Cauca eine öffentliche Anhörung statt, in mehreren Gegenden Kolumbien kam es zu Arbeiterprotesten.

Befreiung der Mutter Erde von der Ethanolproduktion

Wegen des Massakers von El Nilo 1992 sah sich der kolumbianische Staat gezwungen, den betroffenen indigenen Bevölkerungsgruppen als Widergutmachung mehrere Ländereien in Aussicht zu stellen, um die Reservate der Indigenen zu vergrössern. Diese Ländereien wurden jedoch bisher nicht übergeben, weshalb die Paez im Jahr 2005 die Kampagne zur Befreiung der Mutter Erde starteten. Dabei besetzen die Paez die ihnen seit Jahren versprochenen Haciendas friedlich, und beginnen Pflanzungen anzulegen. Seit Beginn weg wurden diese letztendlich gerechtfertigten Besetzungen vom Staat mit äusserster Härte bekämpft und in eine Umfeld von Subversion und Terrorismus gerückt. Die Ordnungskräfte gehen auf höheren Befehl hin mit grosser Brutalität gegen die Indigenen vor, auch gegen Alte, Frauen und Kinder, und schrecken auch vor Lügen nicht zurück. So wird immer wieder ins Feld geführt, die Sicherheitskräfte seien von der besetzten Hacienda „La Emperatriz“ aus beschossen worden, oder es werden in zweifelhaften Hausdurchsuchungen Waffen und Sprengstoffe „gefunden“. Dabei verfügen die Indigenas über keine Waffen, distanzieren sich mit aller Deutlichkeit vom bewaffneten Konflikt und dessen Akteuren und verfügen lediglich über ihre traditionellen Stäbe, *Bastones de mando*.

Seit 2005 wurden im Rahmen der Kampagne zur Befreiung der Mutter Erde drei Indigene von den staatlichen Sicherheitskräften ermordet: Belisario Camayo am 10. November 2005, Pedro Pascué am 16. Mai 2006 und Lorenzo Largo Dagua am 29. November 2007. Seit dem Beginn der Befreiung der Mutter Erde wurden zudem über 100 Indigene verletzt, und in ihrer Wut griffen die Sicherheitskräfte auch Personen an, die gar nicht an der Befreiung teilnahmen, so z.B. am 3. Juli 2008 Rafael Coicué. V.a. die Führungspersonen sind diversen Übergriffen und Aggressionen ausgesetzt. Am 6. Juli 2008 wurden Feliciano Valencia und seine Frau von zwei angeblichen Polizisten der Sondereinheit ESMAD verbal angegriffen. Feliciano, Mitglied des Regionalen Rates der Indigenen des Cauca CRIC, wurde als Hurensohn

bezeichnet, der sich in der „Emperatriz“ aufhalte, die Bevölkerung aufwiegle und die Polizei angreife. Erst als mehrere Personen des Dorfes Santander de Quilichao hinzukamen, liessen die beiden Uniformierten vom Ehepaar ab.

Ab dem 2. Juli 2008 wurde die Hacienda La Emperatriz wieder besetzt, um von der Regierung endlich die Erfüllung der Verpflichtungen vom Massaker von El Nilo zu erreichen. Am 3. Juli 2008 marschierte einmal mehr die Bereitschaftspolizei ESMAD auf und misshandelte die Indigenen, die verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeiten nachgingen. Durch die brutale Aktion der ESMAD erlitten 26 Indigene Verletzungen; u.a. anderem erlitten 3 Minderjährige Schussverletzungen.

Link auf ACIN und Monatsbericht von Bruno

Die Afrokolumbianer im Curvaradó warten weiter auf Gerechtigkeit

Seit 2006 wird den afrokolumbianischen Bewohnern des Flusslaufes des Curvaradós von der Regierung versprochen, dass ihnen das kollektive Land, das unrechtmässig von Palmenunternehmen in Beschlag genommen wurde, zurück gegeben werde. Trotz dieser Versprechen der Regierung geht der illegale Holzeinschlag und das Anlegen von neuen Palmenplantagen ungehindert weiter, werden weitere Personen von Ausserhalb der Region angesiedelt, um auf den Plantagen zu arbeiten oder selber kleine „bäuerliche“ Palmenpflanzungen anzulegen. Es handelt sich um „Wiederbesiedler“ (re pobladores), die von Paramilitärs aus Gebieten gebracht werden, die seit langem unter der Kontrolle der Paramilitärs stehen. Diese Neusiedler sind denn auch Teil der Strategie der sozialen und territorialen Kontrolle und beteiligen sich an der systematischen Bedrohung der rechtmässigen Bewohner des Curvaradó. In dieser Gegend hat sich auch nichts an der paramilitärischen Strategie geändert, trotz aller Versicherungen der Regierung, es gebe keine Paramilitärs im bekannten Sinne mehr, die wenigen neuen aufstrebenden Banden sein bloss Handlanger des Drogenhandels und hätten mit den früheren Strukturen nichts mehr zu tun. Die Menschenrechtsorganisation Justicia y Paz und die rechtmässigen Bewohner des Curvaradó denunzieren verschiedene paramilitärische Kommandanten wie Alias „Andrés“ und „Mateo“, „El Diablo“ und „El Dólar“, die weiter in der Gegend operieren und auch offen mit der Polizei von Belén de Bajirá und mit der 15. Brigade der Armee zusammenarbeiten und die Interessen von Unternehmern absichern.

Die lokalen, korrupten oder von den Paramilitärs kontrollierten Behörden setzten sich über sämtliche Gesetze und Beschlüsse von höherer Ebene hinweg. Dazu ein weiteres tragikomisches Beispiel: Am 1. Juli 2008 befahl die Polizeinspektorin von Riosucio, unterstützt vom lokalen Ombudsmann, die Vertreibung der Familie Barrera Moncada von ihrem rechtmässigen Grundbesitz. Die Familie Barrera besitzt 61 Hektaren Land im Curvaradó, 20 Hektaren liegen im kollektiven Territorium, die anderen 41 Hektaren sind Privatbesitz und wurden von der staatlichen Agrarreformbehörde als solcher anerkannt und geschützt. Wenige Wochen zuvor kehrte die Familie Barrera nach 12 Jahren Vertreibung zurück, fand ihr Land aber von anderen Personen besetzt vor. Diese widerrechtlichen Besetzer verlangten denn auch von der Polizeinspektorin, dass sie die Familie Barrera wieder entfernen soll, was diese willfährig zu tun beabsichtigte. Die Inspektorin wurde von Hundert Polizisten begleitet, die sich als einer Einheit aus dem etwa 1000 km entfernten Departement Santander zugehörig zu erkennen gaben. Die Polizei verhielt sich während der illegalen Vertreibung oder Entfernung der Familie Barrera passiv, während die unrechtmässigen Besetzer und deren Arbeiter den ganzen Besitz der Familie Barrera auf Lieferwagen der Polizei verladen. Das ganze lächerliche Schauspiel dauerte gut drei Stunden, Abends um 18.20 Uhr liessen sie die Familie Barrera – 9 Erwachsene und 8 Kinder – schutzlos an der

Strasse zurück, ohne Unterkunft und ohne Essen. Die umliegenden Mitglieder des Gemeinschaftsrates des Curvaradó konnten diesen widerrechtlichen Akt nicht verhindern. Immerhin gelang es zu verhindern, dass der Familie die Kinder weggenommen und in Heime der staatlichen Familienfürsorge gesteckt wurden. Die zuständigen übergeordneten und überregionalen Instanzen schreiten wie in diesem Fall nie ein, und lassen die para-staatlichen Strukturen ihr Unwesen weiter führen. Rechtliche Schritte der betroffenen ursprünglichen Bevölkerung und der rechtmässigen Besitzer werden nicht behandelt oder verschleppt, die Tatsachen gelehnet und verdreht.

Afrokolumbianer müssen gewaltsam der Ausbeutung ihrer Ländereien weichen

Die Afrokolumbianer des Naya – Flusses warten seit Jahren auf die Anerkennung eines kollektiven Landtitels über 190'000 Hektaren für Ländereien, die sie seit 1680 bewohnen. Sämtliche Prozessschritte der Landreformbehörde, wie sie das Gesetz 70 über die kollektiven Rechte der Afrokolumbianer vorschreibt, sind erledigt, es fehlt nur noch der letzte Beschluss der Behörde für ländliche Entwicklung und Landzuteilung, mithin eine Frage des politischen Willens. Um diesen letzten Beschluss endlich zu erwirken, haben die Gemeinschaftsräte des Naya eine Klage zum Schutz ihrer verfassungsmässigen Rechte eingereicht, mit 1535 Unterschriften, ebenfalls noch ohne Resultat. Während diese Afrokolumbianer auf eine positive staatliche Handlung warten, gehen seit 3 Monaten verschiedene militärische Aktionen weiter, die unter der Bevölkerung Angst und Schrecken verbreiten. Dabei werden bewohnte Gebiete rücksichtslos beschossen, die Ankunft der Paramilitärs der „Schwarzen Adler“ wird angekündigt, Güter der lokalen Bewohner werden besetzt, die Bevölkerung wird drangsaliert und bedroht, Führungspersonen erhielten Todesdrohungen. Zum Schutz haben die Bewohner mehrere Zufluchtsräume bezeichnet und sich dabei auf das humanitäre Völkerrecht berufen. Von dort aus muss die Bevölkerung tatenlos zusehen, wie ihr Land unrechtmässig besetzt und angeeignet wird, wie agroindustrielle Megaprojekte eingeführt werden und das Leben militarisiert wird. All dies könnte nicht geschehen ohne die taktische Beihilfe staatlicher Behörden und der Sicherheitskräfte.

In der Region Tumaco wurde am 25. Juni 2008 Felipe Landázury, Mitglied des Gemeinschaftsrates Bajo Mira y Frontera von einer Gruppe Bewaffneter - anscheinend Paramilitärs - verschleppt und einige Stunden später erschossen. Felipe war einer der herausragendsten Führungspersonen der Region des Mira Flusses und hat die Position des Gemeinschaftsrates, dass ihr kollektives Land frei von Ölpalmen bleiben soll, mit Nachdruck vertreten.

Am 26. Juni 2008 denunzierte die Diözese von Tumaco weitere schwere Übergriffe auf afrokolumbianische Gemeinschaften, insbesondere in der Gemeinde Olya Herrera und im Gebiet des Grossen Gemeinschaftsrates des Río Sanquianga. Eine bewaffnete Gruppe machte zwei bewaffnete Einfälle in das Dorf San José de La Turbia, am 5. und 14. Juni, wobei eine Person verschleppt und eine ermordet wurde. Deshalb flohen aus San José und den umliegenden Dörfern insgesamt 256 Familien, um sich vor der neuen Gewalt in Sicherheit zu bringen. Die Diözese ist besorgt, dass es zu ähnlichen Übergriffen in anderen Dörfern und Flussläufen ihres Hoheitsbereiches kommen könnte. Die Diözese drückt ihre Sorge aus, dass das Gesetz Nr. 70 zwar seit 15 Jahren das kollektive Territorium der Afros rechtlich absichere, die Neupositionierung der bewaffneten illegalen Gruppen, der Kampf um Territorien und die Megaprojekte diesen Erfolg nun aber zunichte machten.

In Buenaventura wurde am 29. Juni 2008 die afrokolumbianische Gemeinschaftsführerin Martha Cecilia Obando, Doña Chila, ermordet. Doña Chila war Präsidentin der Vereinigung

der Vertriebenen Frauen, unterstützte verschiedene Opferprojekte und kämpfte für die kollektiven Rechte der Afros, für Wahrheit und Wiedergutmachung.

Proteste von unzufriedenen Palmenarbeitern

Yarima, im Departement Santander, hat im Juni 2008 ebenfalls gewaltsam unterdrückte Proteste unzufriedener Palmenarbeiter erlebt. Der Landwirtschaftsminister sagte zu dieser sozialen Problematik, "es handle sich um ein Dorf in Anarchie, im Würgegriff einer Gewerkschaftsorganisation, die Verbindungen zur Guerilla pflegt. Die Regierung wisse, was die tatsächlichen politischen Absichten dieser Protestanführer seien". Dabei stigmatisiert er völlig zu Unrecht die soziale Unzufriedenheit einer ganzen Region.

Yarima gehört zur Gemeinde San Vicente de Chucurí, einer an sich reichen Gegend mit Agroindustrie, Viehzucht und Kohlenabbau. Neben 7'000 Hektaren Ölpalmen gibt es auch 15'000 Hektaren Kakao und 3'000 Hektaren Kautschuk. Der Reichtum der Gegend und der Unternehmer kontrastiert aber mit der Misere, in der die meisten Bewohner leben. Die Arbeitsbedingungen in der Agroindustrie sind sehr schlecht und im Gesundheits- und Bildungsbereich gibt es grosse Defizite.

Auf Befehl der Regierung wurde diese soziale Problematik in die Nähe des Terrorismus gerückt und dann militärisch "gelöst", in dem die Bereitschaftspolizei ESMAD aufmarschierte und die Proteste gewaltsam unterdrückte.

Carimagua – die Regierung präsentiert weiter Scheinlösungen

Im Februar 2008 haben wir ausführlich über die Machenschaften rund um das grosse ehemalige landwirtschaftliche Versuchsgelände Carimagua im Departement Meta berichtet. Dieses Landstück war dazu vorgesehen gewesen, an landlose Vertriebene verteilt zu werden. Der Landwirtschaftsminister Felipe Arias befand dann, dass der Boden von Carimagua wenig geeignet sei, um ihn Kleinbauern zu überlassen, da Millionenschwere Investitionen notwendig seien, um ihn zum Produzieren zu bringen. Stattdessen soll er Privatinvestoren praktisch gratis zur Pacht übergeben werden, und Vertriebene sollen dort auf den Plantagen arbeiten dürfen. Nach dem ein Aufschrei durch die Öffentlichkeit fuhr, zog der Minister seine Pläne zurück.

Nun hat er aber einen weiteren absurden Vorschlag präsentiert: das Grundstück soll dem staatlichen Erdölkonzern ECOPETROL übergeben werden, um darauf Agrotreibstoffe zu produzieren. ECOPETROL erhält das Land während 50 Jahren zur Nutzung, um mit Zuckerhirse und Zuckerrohr Ethanol zu produzieren. Im Gegenzug verpflichtete sich ECOPETROL, vertriebene Familien als Teilhaber oder Arbeiter in das Projekt aufzunehmen. Aber auch mit dieser Lösung setzt sich der Landwirtschaftsminister einmal mehr über die Meinung verschiedener Experten hinweg, wie dieses Grundstück verwendet werden sollte. Die Frage ist auch, warum mit so einem Projekt eine Firma wie ECOPETROL beauftragt wird, die zumindest was den Anbau der Produkte und die Organisation der vertriebenen Bauern betrifft, keine Erfahrung hat. Einmal mehr kommen aber die Vertriebenen selbst wieder zu kurz, für die das Land ja ursprünglich vorgesehen war. Der Landwirtschaftsminister scheint alles daran zu setzen, das Mandat des Verfassungsgerichts zu hintergehen, das den Staat zwingt, den Vertriebenen umfassende Lösungen und Betreuung anzubieten. Denn im Vertrag mit ECOPETROL ist überhaupt nicht klar, in wie fern die Vertriebenen selbst Nutzniesser des Bodens werden, oder nur als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Das

mangelnde Verständnis, ja gar die Verachtung des Ministers für die armen Bauern grenzt an Zynismus.

Zudem wäre es nach Meinung verschiedener Meinungsmacher in Kolumbien in der aktuellen Lage äusserst sinnvoll, ein grosses Projekt mit Kleinbauern durchzuführen, in dem diese Nahrungsmittel anbauen. Denn Kolumbien ist wie viele andere Länder auch stark vom Preisanstieg verschiedener Nahrungsmittel betroffen und kämpft mit steigenden Inflationsraten. Der Agrarminister findet es aber immer noch am sinnvollsten, Agrotreibstoffe zu exportieren und mit den Devisen Nahrungsmittel zu importieren. Diese Rechnung geht aber immer weniger auf. Den Armen Kolumbiens, die immer mehr Mühe haben, sich ausgewogen zu ernähren, empfiehlt er einfach, zu teure Produkte halt nicht mehr zu kaufen und auf billigere auszuweichen. Die derart durch Nichtkonsum bestraften Produkte würden dann schon wieder billiger..... Nur lassen sich halt absolute Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, deren Konsum sehr beliebt und weit verbreitet ist, nur schlecht durch andere Produkte ersetzen.....

Öffentliche Anhörung zu den Arbeitsbedingungen der Zuckerrohrschneider

Am 14. Juni 2008 fand in der Gemeinde Pradera im Departement Valle del Cauca eine öffentliche Anhörung zu den Arbeitsbedingungen der Zuckerrohrarbeiter statt. Diese Anhörung wurde von verschiedenen Senatsmitgliedern miteinberufen, verschiedenen NGO und Gewerkschaften des Sektors wie SINALTRAINAL, SINTRACORTEROS und Sintracañaisucol waren beteiligt. Trotz einer totalen Negativpropaganda und der kurz vorher verbreiteten Lüge, die Anhörung sei annulliert respektive verschoben worden, nahmen 7000 Arbeiter an der Anhörung teil. Die Region wurde vollständig militarisiert und viele Arbeiter wurden bedroht oder es wurde ihnen die Entlassung in Aussicht gestellt, sollten sie an der Anhörung teilnehmen.

Die Zeugenaussagen belegten die miserablen Arbeitsbedingungen. Trotz der sehr anstrengenden und gesundheitsschädigenden Arbeit haben viele Arbeiter der *ingenios* (Zuckerfabriken) keinerlei Sozialversicherung, und bleiben mittellos wenn sie manchmal schon in jungen Jahren arbeitsbedingte körperliche Behinderungen haben. Der Lohn ist lächerlich klein, und wird nicht pro Stunde sondern pro Tonne Zuckerrohr bezahlt. Die Zuckerrohrschneider haben dabei keinerlei Kontrolle über die Wage, mit der ihre Ernte gewogen wird, und wissen nicht, ob sie den ihnen zustehenden Lohn wirklich erhalten. Nur 10% der 230'000 Arbeiter dieser Agroindustrie haben einen direkten Arbeitsvertrag. Immer mehr Arbeitskräfte leiden nämlich unter einer neuen Vertragsform: sie müssen sich in Arbeiterkooperativen organisieren, die dann für bestimmte Aufträge bezahlt werden. Die Kooperativenmitglieder müssen aber ihre Altersvorsorge und die Sozialversicherung vollständig selber bezahlen. Zudem sehen sich die Arbeiter einer negativen Haltung der Kranken- und Berufsunfallversicherungen gegenüber, die sich weigern, verschiedene Krankheiten aus der harten und z.T. giftigen Arbeit als Arbeitskrankheiten anzuerkennen. Meistens wird kranken oder verunfallten Arbeitern auch die Invaliditätsrente nicht anerkannt. Durch diese Vertragsform der Kooperativen wird auch das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und auf Kollektivverhandlungen unterlaufen.

Auch die Ehefrauen der Arbeiter kamen zu Wort, die äusserst strenge Hausarbeit zu leisten haben und einen kaum ausreichenden Lohn ihrer Männer zu verwalten haben. Viele Frauen stehen um 3 Uhr Nachts auf, um ihren Männern einige Lebensmittel für den langen Arbeitstag zuzubereiten. Ihre Männer kehren dann häufig erst Abends um 9 Uhr zurück. Der Lohn, den die Männer alle 14 Tage nach Hause bringen, reicht nicht mal, um den Kindern ab und zu an

einem Sonntag ein Eis zu kaufen. Zudem reicht das Geld vielfach nicht, um den Kindern der Arbeiter den Schulbesuch zu ermöglichen, da die Hefte, Uniformen etc. zu teuer sind.

An der Anhörung wurden auch schwerwiegende Umweltauswirkungen denunziert. So führt der intensive Zuckerrohranbau zur Wüstenbildung im Departement, nicht nur wegen der Erosion durch die Monokultur, sondern auch weil die Pflanzungen und Fabriken praktisch alle Quellen und Wasserläufe brauchen. 32 der 35 Flussläufe und 2000 Teiche werden durch die Zuckerrohrindustrie in Anspruch genommen. Dadurch, dass immer mehr Boden dem Zuckerrohranbau zugeführt wird und weniger Nahrungsmittel angebaut werden, ist auch die Ernährungssouveränität der Bevölkerung bedroht. 240'000 Hektaren Land, auf denen früher Lebensmittel angebaut wurden, sind neu mit Zuckerrohr bepflanzt.

Die Anhörung brachte aber auch positive Aspekte zu Tage, nämlich ein Empowerment der Arbeiter und der lokalen Gemeinschaften, einerseits ein vertieftes Bewusstsein über die Probleme, andererseits aber auch ein Stärkung der Organisationsprozesse. Auf regionaler Ebene bildet sich eine Allianz zwischen Afrokolumbianern, Indigenen, Kleinbauern und Arbeitern heraus, die sich dezidiert gegen diese zerstörerische Monokultur zur Wehr setzen wollen. Verschiedene Vorschläge wurden vorgetragen und Aktionen verabschiedet, ebenso ein Forderungskatalog der Arbeiter an die Zuckerfabriken. Sollte diesen Forderungen nicht entsprochen werden, werden die Zuckerrohrschneider, unterstützt von anderen sozialen Sektoren, in den Streik treten.

Stephan Suhner, Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien ask
Bern, 3. August 2008